

Gastrogutschein 2.0: Ehmann-Vorschlag scheitert an ÖVP und FPÖ

Moria-Elend lässt Schwarzblau unbeeindruckt: SP-Dringlicher für Aufnahme von Kindern abgelehnt

Das ist einer Menschenrechtsstadt Graz unwürdig: Dringliche Anträge von SPÖ (Gemeinderätin Anna Robosch), Grüne und Neos auf Aufnahme einiger Kinder aus Moria in Graz wurden von Schwarzblau abgeschmettert. Für seinen Vorschlag eines evaluierten Gastrogutschein-Modells, der auch Handel und Dienstleistungsunternehmen zugute kommen könnte, bekam SP-Klubvorsitzender Michael Ehmann keine Mehrheit – ÖVP und FPÖ geben der Innenstadt und speziell der Innenstadt-Gastronomie gegenüber den vielen Corona-geplagten Gastronomiebetrieben in den anderen Stadtbezirken den Vorrang.

Ein schwarzer Tag für die Menschenrechtsstadt Graz: Während viele österreichischen Städte und Gemeinden - und allesamt tragen sie wahrscheinlich nicht den Ehrentitel Menschenrechtsstadt - längst angeboten haben, unbegleitete Kinder oder Jugendliche oder auch Familien aus dem Flüchtlingslager Moria aufzunehmen, verstärkt die Menschenrechtsstadt Graz die Mauern und zieht die Zugbrücken hoch: Schwarzblau lehnte entsprechende Dringlichkeitsanträge von SPÖ (Anna Robosch), Grüne und Neos heute im Gemeinderat ab. Nein, Kinder aus Moria haben in der Menschenrechtsstadt Graz keinen Platz – allen händeringenden Appellen auch heute im Gemeinderat zum Trotz. „Graz hat Platz! Die Aufnahme von 100 Kindern aus dem Lager Moria muss passieren. 100 Kinder füllen nicht einmal ein Siebtel des Gästesektors im Stadion Liebenau - worüber diskutieren wir also noch? Evakuieren wir endlich dieses Lager und zeigen, dass in Graz noch Menschlichkeit herrscht!“, forderte Anna Robosch. Vergeblich: Schwarzblau ließ sich nicht umstimmen, es blieb dabei – Schotten dicht, niemand darf mehr ins Boot, nicht einmal Kinder, die derzeit auf Lesbos in Straßengräben unter Hinterhöfen ums Überleben kämpfen.

Gastrogutschein scheitert an Schwarzblau

Nachdem bereits in der Juli-Sitzung eine Gemeinderatsmehrheit an der Idee von SP-Vorsitzendem Michael Ehmann für einen Gastrogutschein für alle Grazer Haushalte – einzulösen ausschließlich im Wohnbezirk, um die Corona-geplagte Gastronomie in den Bezirken zu unterstützen – Gefallen fand und mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ, Grüne und SPÖ (gegen VP und Neos) zur Prüfung freigab, peppte heute Ehmann seinen Vorschlag sogar noch auf. Ehmanns evaluierter Gastrogutschein „Unser Wirt ums Eck 2.0“ sieht jetzt sogar die Einbindung des Grazer Handels und der Dienstleister vor. Als Vergütung für einen Einkauf in einem Grazer Geschäft oder einen Auftrag an einen Grazer Dienstleistungsbetrieb hat jeder Haushalt einmalig die Möglichkeit, sich gleichsam als „Vergütung“ einen Gastrogutschein in Höhe von maximal 50 Euro zu holen, einzulösen im Wohnbezirk. Und zwar sollen 25 Prozent der Kosten, maximal aber 50 Euro – bei einer Mindest-Einkaufs-/Auftragssumme von 50 Euro in Form eines Gastro-Gutscheines refundiert werden. Ehmann: „Das ist ein Modell, von dem in der Tat alle profitieren könnten – die Gastronomie, die Grazer Wirtschaft, die Beschäftigten, alle Grazer Haushalte.“ Und auch die Summe, die mit diesem Modell bewegt werden könnte, kann sich sehen lassen: Bei einem maximalen Einsatz von 7 Millionen Euro durch die Stadt Graz könnten so für Gastronomie und Grazer Wirtschaft mindestens 35 Millionen Euro „mobilisiert“ werden!“ ÖVP und FPÖ lehnten aber ab. Die Innenstadt und speziell Innenstadt-Gastronomie haben für Schwarzblau gegenüber den 16 anderen Bezirken Vorrang.

Anlegerwohnungen eindämmen

Den extremen Bau-Boom in Graz machte SP-Gemeinderat **Ewald Muhr** in einer Anfrage zum Thema – speziell geht es Muhr wie der SPÖ insgesamt dabei, die Anlegerwohnungs-Schwemme einzudämmen. Drängen doch immer mehr Immobilienentwickler, Investment- und Pensionsfonds nach Graz, rundum werden Grundstücke aufgekauft, Wohnbauten errichtet, die oft nur als reine Kapitalanlage dienen – während gemeinnützige Wohnbauträger immer weniger Möglichkeiten finden, wirklich leistbaren Wohnraum zu schaffen. Muhr: „Da gilt es gegenzusteuern – nicht den Renditen von

Geschäftemachern und Anlegern, sondern dem Wohnraum als Lebensraum für die GrazerInnen muss Priorität eingeräumt werden!“ Dafür sollten Instrumentarien wie STEK, Flächenwidmungsplan, Bauordnung, Bebauungspläne und eine aktive Grundstücksvorsorge endlich besser genutzt werden.

Aktuell sind derzeit nur vier von sieben Servicestellen der Stadt Graz, das Nachfolgemodell der ehemaligen Bezirksämter, geöffnet. Was allerdings gerade wegen der Corona-Pandemie SP-Gemeinderat **Gerald Haßler** für wenig zielführend hält: Sind doch dadurch viele GrazerInnen gezwungen, weitere Anfahrtswege zu den Servicestellen auf sich zu nehmen – das oft via Öffis. „Einerseits heißt es, die Menschen mögen gerade jetzt möglichst wenig unterwegs sein – und dann schickt man sie doch wieder auf die Reise“, wundert sich Haßler. Zumal derzeit ohnedies grundsätzlich bei Amtswegen auch für Servicestellen telefonische Terminvereinbarungen notwendig sind. Demgemäß regte Haßler an, auch jetzt wieder alle Servicestellen zu öffnen.

Dass das städtische Gesundheitsamt für die Bewältigung von Krisensituationen personell ganz offensichtlich nicht ausreichend besetzt ist, zeigte sich im Zuge der Corona-Pandemie: Weshalb heute SP-Gemeinderätin **Susanne Bauer** in einer Anfrage auf die Aufstockung der Zahl der AmtsärztInnen und um eine umfassende Information über den aktuellen Stand und die entsprechenden Überlegungen ersuchte.

Weitere Initiativen der SPÖ heute im Gemeinderat:

Die vor allem in den Abend- und Nachtstunden viele GöstingerInnen belastenden ÖBB-Verschubarbeiten machte SP-Klubvorsitzender **Michael Ehmann** zum Thema, ebenso den irritierenden Umstand, dass das bereits im April vom Gemeinderat einstimmig beschlossene 10-Punkte-Aktionsprogramm für den Zeitraum 2020 - 2023 im Rahmen der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus auf der Homepage der Stadt Graz nicht zu finden ist.

Auf dringend notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit vor der Volksschule Nibelungen – ein großes Anliegen vieler Eltern – machte SP-Gemeinderat **Gerald Haßler** mittels Antrag aufmerksam; ein weiterer Antrag Haßlers befasste sich mit der Errichtung eines Trinkbrunnens am Bezirkssportplatz Webling.

Ärgerlich: Bereits nach recht kurzer Zeit sind Teile der Grünfläche des „neuen“ Augartens gehörig ramponiert: Für Gemeinderat **Ewald Muhr** Grund genug, dem nachzugehen und eine fachgerechte Sanierung – vielleicht sogar über die Gewährleistung – einzufordern. Und Muhr griff ein weiteres heißes Eisen an: das Thema „Café Jakomini“. Obmann desselben ist nämlich VP-Bezirksvorsteher Strobl, für den das „Café Jakomini“ Präsentationsplattform ist. Allerdings: Aktivitäten des Cafés werden auch über das Bezirksratsbudget subventioniert. Was die Frage betreffend Vereinbarkeiten aufwirft.

Bereits in der Fragestunde hatte SP-Gemeinderätin **Anna Robosch** einmal mehr in Sachen „Alte Tennenmälzerei“ – ein architektonisch beeindruckendes altes Bauwerk in Reininghaus – nachgefragt: Eigentlich ist geplant, daraus ein Kultur- und Begegnungszentrum zu machen, doch nach mittlerweile vier Jahren ist in dieser Hinsicht immer noch nichts weitergegangen. Die Antwort des Kulturstadtrates Günter Riegler heute war allerdings wenig zufriedenstellend: Nix genaues sagte der Kulturreferent nicht, vielleicht werde bei der Budgetdebatte am 5. November mehr zu sagen sein. In einem weiteren Antrag forderte Robosch ein, dass die Formulare und Urkunden der Stadt Graz endlich den gelebten Beziehungsrealitäten der Zeit angepasst werden.

SP-Gemeinderätin **Susanne Bauer** forderte schließlich ein, dass der Biomüll-Kreislauf – zwischen der Abholung des Biomülls in Grazer Haushalten und dem Verkauf der daraus gewonnenen Erde und des Kompost gibt es jede Menge Zwischenschritte mit Einbindung etlicher Unternehmen und Firmen – auf Effizienz hinterfragt werde oder ob nicht durch Vereinfachungen letzten Endes auch für die Grazer Haushalte Kostenersparnisse möglich wären.